

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im Voraus 1.50 R.-M. freibl., auschl. Fräger. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-M. Anzeigenpreise: 6 geip. Petitzeile 0,16 R.-M., 12 geip. u. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M., 3geip. Reklamezeile 0,45 R.-M., Hinweife auf Anzeigen und Eingekaufte 0,10 R.-M., Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (D. Z. V.) - Verlagsort: Waldenburg Sachsen.

anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedrich Hermann Richter; in Langenschursdorf bei Herrn Hermann Eiche; in Wollenburg bei Herrn Ernst Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dabber; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Beschädigung, Eindrungen im Betrieb der Druckerei oder sonstiger Unfälle hat der Besteller keinen Anspruch auf Ersatz der Zeitung oder auf eine andere Ausgabe. Die Verantwortlichkeit der durch den Besteller aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwintel, Reichenbach, Remse, Schlaawitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr 293

Freitag, den 17. Dezember 1926

49. Jahrgang.

## Verhandlungen zur Bildung der großen Koalition.

Antlicher Teil.

### Carolinenstift Waldenburg.

Die geehrten Gönner vom Krankenhaus Carolinenstift werden gebeten, sich

Sonntag, den 19. Dezember d. J. nachmittags 4 Uhr im Stiftshause

zu einer schlichten Weihnachtsfeier für die Kranken und Altersheimkinder einzufinden zu wollen.

Für diese Feier freundlichst zugedachte Spenden bitten wir bei dem Krankenhausverwalter abzugeben.

Der Stadtrat.

Das Reichskabinett nahm gestern den Bericht Stresemanns über Genf entgegen.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstags über die Ursachen des Zusammenbruchs vernahm gestern den früheren Staatssekretär v. Kühlmann.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind bis zum 4. Januar vertagt worden.

Zwischen den Regierungsparteien sind Verhandlungen über ein Kompromiß in der Reichswehrfrage im Gange. Die Frage der Regierungsbildung in Sachsen scheint bereits entschieden zu sein.

Nach einer Meldung aus London soll der Kaiser von Japan gestorben sein.

Waldenburg, 16. Dezember 1926.

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, steht der deutsch-italienische Schiedsvertrag unmittelbar vor dem Abschluß. Er wird sich durchaus dem Charakter der übrigen Verträge anpassen, die wir bereits mit anderen Mächten abgeschlossen haben. In Rom scheint man indessen diesem Vertrag eine ganz besondere Bedeutung beizulegen. Seine Unterzeichnung soll deshalb auch, falls die Meldungen aus Rom richtig sind, in besonders feierlicher Form erfolgen. Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der nach Weihnachten einen mehrwöchigen Urlaub antreten wird, wird diesen im Süden verbringen, und im Anschluß daran wird er sich im Januar nach Rom begeben, um dort mit Mussolini zusammenzutreffen. Bei dieser Gelegenheit soll dann die Unterzeichnung des deutsch-italienischen Vertrages erfolgen, und zugleich sollen alle die beide Staaten berührenden Fragen durchgesprochen werden.

Deutscherseits liegt eine Bestätigung dieser Meldung noch nicht vor, wenn ihr auch nicht widersprochen wird. Bestimmte Dispositionen konnten ja schon aus dem Grunde noch nicht getroffen werden, weil zunächst erst abgewartet werden muß, wie die innere Krise ausgeht, in der wir uns augenblicklich befinden. Spätestens am Freitag wird es sich entscheiden müssen, ob diese Krise schon jetzt zur Entscheidung kommt, oder ob sie bis nach Weihnachten, d. h. bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags im Januar, vertagt wird.

In Rom rechnet man jedenfalls schon mit der Begegnung Stresemann-Mussolini als mit einer Tatsache. Man glaubt in den politischen Kreisen, daß sie große Ueberraschungen mit sich bringen werde, denn sie werde nicht nur der Feststellung eines formellen Einvernehmens dienen, sondern den Grundstein für die Neuorientierung der europäischen Politik bilden. Das ist vielleicht etwas reichlich viel gesagt, aber der Romane liebt nun einmal die großen Worte, und ganz besonders im Italien Mussolinis huldigt man der Anschauung, daß Rom der Mittelpunkt der Welt ist, und daß es nur ein Versehen bei der Schöpfung der Welt war, daß sich die Erde um den Nord- und Südpol und nicht um Rom dreht.

Über auch wenn man die italienischen Uebertreibungen auf ihr richtiges Maß zurückführt, bedeutet im-mehrin der Abschluß des deutsch-italienischen Schiedsvertrages einen Wendepunkt in der deutsch-italienischen Politik. Es ist noch gar nicht so lange her, daß Mussolini seine bekannte Drohrede gegen Berlin richtete, weil man im Münchener Landtag den faschistischen Hetzern in Südtirol auf die Hühneraugen getreten hatte. Inzwischen ist man wohl in Rom zu der Erkenntnis gekommen, daß sich Italien nicht den Zugus leisten darf,

noch ringsum Gegner zu schaffen. Wenn es auch heute kein Wagnis ist, das entwaflnete Deutschland zu beleidigen, so hat Italien doch auch von der Gegnerschaft gegen Deutschland keinerlei Vorteil zu erhoffen. Der „heilige Egoismus“ sollte deshalb Italien schon veranlassen, sich mit Deutschland in ein erträgliches Verhältnis zu setzen, da es politisch von Deutschland nichts zu befürchten und wirtschaftlich nur zu gewinnen hat.

Auch bei uns in Deutschland ist man inzwischen zu einer ruhigeren Beurteilung gelangt. Daß wir nach dem Verhalten Italiens im Weltkrieg heute keine besonderen Sympathien für die Italiener empfinden können, ist selbstverständlich, aber Politik läßt sich nicht gefühlsmäßig betreiben. Unsere Sympathien für die unterdrückten deutschen Brüder in Südtirol dürfen uns nicht hindern, mit Italien wieder in normale Beziehungen zu treten. Wenn auch die „Freundschaft“ Italiens, wie sie in dem Vertrage verbrieft werden soll, kein Wechsel ist, den eine gut geleitete Bank diskontieren wird, so ist doch auch für uns schon viel damit gewonnen, wenn die Augen Mussolinis nicht mehr nach dem Brenner gerichtet sind, sondern nach Albanien, Tunis oder Nizza.

### Regierungskrise und Reichswehr.

Eine demokratische Entscheidung.

In der Regierungskrise, die zwar rein äußerlich wegen der Interburger Rede des Abg. Scholz ausgebrochen ist, spielt der Streit um die Reichswehr eine große Rolle. Bei den Berufenen, die die Krise beizulegen, scheint deshalb auch hier der Hebel angefaßt werden zu sollen.

Von demokratischer Seite ist den anderen Regierungsparteien eine Entscheidung vorgelegt worden, von deren Annahme die Demokraten ihr Verbleiben in der Regierung abhängig machen. Darüber hinaus scheint aber diese Entscheidung auch die Kompromißformel werden zu sollen, mit der der zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie ausgebrochene Konflikt beigelegt werden soll. Sie gewinnt dadurch eine besondere Bedeutung.

Nach Blättermeldungen fordern die Demokraten in dieser Entscheidung unter anderem, daß unbedingt dafür gesorgt werden müsse, daß die Reichswehr jede Beziehung zu den Rechtsverbänden löst. Es wird weiter gefordert, daß Bestimmungen getroffen werden, wonach jeder Verfehr von Reichswehrangehörigen mit solchen Organisationen als Dienstvergehen betrachtet und behandelt werden müsse. Ferner ist vorgesehen, daß die Entpolitisierung der Reichswehr durch Unterricht und durch Ansprachen eine Förderung erfahren soll. Außerdem wird in dieser Entscheidung der Erlass einer Verordnung gefordert, in der festgelegt ist, daß bei Ersatz sowohl von Offizieren wie von Mannschaften neu eingestellte Leute auf dem Boden der Verfassung stehen. Ferner ist in dieser Entscheidung ein Erlass der Reichsregierung an die Offiziere und Mannschaften der Reichswehr verlangt, in dem unbedingte Loyalität vor den Hoheitszeichen der deutschen Republik gefordert und ihre Wahrung als unbedingte Notwendigkeit bezeichnet wird.

Wie die „Germania“ erfährt, werden die Grundgedanken der Entscheidung auch vom Zentrum befürwortet, wenn auch die Formulierung noch einer Ueberprüfung bedürfe.

### Kühlmann vor dem Reichstagsausschuß.

Keine Friedensbereitschaft der Gegenseite.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs vernahm am Mittwoch den früheren Staatssekretär Dr. Kühlmann über dieselben Fragen, über die tags vorher der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis vernommen worden war.

Kühlmann stellte zunächst fest, daß die Friedensausichten des Jahres 1917 am 26. August 1917 ihr Ende gefunden haben.

Alles, was nachher geschehen sei, auch die Arbeit im Siebenerausschuß, hätte daran nichts ändern können. Die päpstliche Kurie habe seinerzeit der Kaiserlichen Regierung Mitteilung gemacht von der Note, in der der englische Gesandte beim Heiligen Stuhl, Graf

Salis, die päpstliche Friedensstundgebung bestätigte. Graf Salis, der selbst Anhänger des „Papstfriedens“ war, habe den der Kurie übermittelten Text optimistisch gefärbt. Der englische Gesandte hatte der Kurie auch mitgeteilt — was die deutsche Regierung erst später erfuhr —, daß sich auch die französische Regierung dem Schritte anschließe.

Darauf hat Frankreich durch einen Schritt in London der ganzen Aktion ein für allemal ein Ende gemacht. Auf Frankreichs Seite hat nie die leiseste Geneigtheit zum Frieden bestanden; ob auf englischer Seite, muß heute zweifelhaft erscheinen, wenn auch vielleicht gewisse Strömungen in England einer Fühlungnahme durch den Vatikan nicht abgeneigt waren.

Kühlmann verlas darauf eine von dem französischen Botschafter in London überreichte Denkschrift, in der es heißt, man habe in Paris erwartet, daß der Vatikan nur eine mündliche Antwort erteilt werden würde. Jetzt sei zu befürchten, daß die Alliierten weiter getrieben würden, als sie wünschten. Der Junge schildert dann, wie er sofort nach seinem Amtsantritt mit dem Reichskanzler Michaelis dahin schäftig geworden sei, durch eine neutrale Persönlichkeit feststellen zu lassen, ob bei England Friedensgeneigtheit bestände. Der Mittelsmann mußte die Möglichkeit haben zu sagen:

„Wir sind unter Umständen bereit, über Belgien zu verhandeln, und sind auch ermächtigt, die Souveränität und die Integrität Belgiens bindend diplomatisch zuzusagen, wenn gewisse Vorbedingungen auf der Gegenseite erfüllt werden.“

Der Versuch des neutralen Mittelsmanns hätte indessen nur zu der Feststellung geführt, daß auf der Gegenseite keine Friedensbereitschaft vorhanden war. Es wurde dann der vollständige Wortlaut des Briefes an Kuntius Pacelli verlesen. Der Brief begriff die Friedensbemühungen des Papstes und erklärt, daß nur Verhandlungen auf der Grundlage Erfolg versprechen, daß keine der beiden Parteien besiegt wäre. Zum Schluß wird erklärt, daß Deutschland grundsätzlich Erklärungen über Belgien nicht ablehne, sie aber jetzt nicht abgeben könne.

Kühlmann gegen Bredt.

Bei Erörterung der diplomatisch-politischen Gesamtlage des Jahres 1917 trat Kühlmann dem Gutachten Bredt entgegen. Zum Beweis führt er eine offizielle Note des Vatikans vom 28. September an den englischen Premierminister an, in der es heißt, daß die deutsche Antwort ausdrücklich den ersten und zweiten Punkt der Papstnote annimmt, miteinbegreife aber auch die vier übrigen Punkte, indem sie auf die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli Bezug nimmt. Weiter heißt es in der Note wörtlich:

„Der heilige Stuhl hat starke und besondere Gründe für den Glauben und die Behauptung, daß der Satz tatsächlich anzulegen ist als eine deutsche Annahme der Punkte drei und vier in der päpstlichen Note, die sich auf Belgien beziehen.“

Zum Schluß erklärt Kühlmann, daß die Abgabe einer Erklärung über Belgien ohne irgendeine Gewähr für ihre Aufnahme an der diplomatischen Lage nichts geändert haben würde. Auf eine Frage erklärte er dann noch, daß eine Mitteilung an den Siebener-Ausschuß unterblieben ist, weil die Gefahr einer Indiskretion sehr nahegehe.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

In der Frage der Regierungsbildung in Sachsen scheint bereits eine Entscheidung getroffen zu sein, die aber erst am 11. Januar bekannt gegeben werden soll. Die Aussprache darüber war überaus stürmisch. Es scheint sich um die Bildung eines Bürgerblocks zu handeln.

Dem Reichstage ist ein Antrag der Regierungsparteien zugegangen, der auch von den Sozialdemokraten unterstützt ist und der das Gesetz über die Einstellung des Personalabbaues, dessen Geltungsdauer am 31. Dezember d. J. abläuft, bis zum 31. Juli nächsten Jahres verlängern will.